

Bethmann-Hollweg über die Schuld am Kriege. Ein offenes Bekenntnis.

Nunmehr hat auch der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Anschluß an die bayerischen, jetzt anscheinend aber wieder eingestellten Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege in einer Unterhaltung mit einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sich über diese delikate Frage geäußert. Nachdem er zunächst darauf hingewiesen hatte, daß und warum Deutschland verpflichtet war, sich im serbischen Konflikt 1914 an die Seite Österreich-Ungarns zu stellen, fuhr er fort: „Ich habe am 4. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen. Dann Elsaß-Lothringen. Eine Auseinandersetzung darüber, ob Deutschland mit seiner Annexion im Jahre 1871 ein Unrecht begangen hat oder ob jene Annexion von dem Standpunkte des internationalen Rechts und Unrechts, ähnlich wie die zahllosen Annexionen zu beurteilen sind, welche unserer Vorgänger im Laufe der Geschichte für sich vorgenommen haben, eine Auseinandersetzung hierüber würde jetzt wohl kaum zum Ziele führen. In den 14 Punkten des Präsidenten Wilson wird aber das Anerkenntnis klar ausgesprochen, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Rückeroberung Elsaß-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergehen ließ, und welche es zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich das Gefühl von dem gewaltigen, von uns im Jahre 1871 begangenen Unrecht entstand, ein Gefühl, das im Jahre 1871 speziell in England und Amerika durchaus nicht Gemeingut war. Vor allem aber müssen wir zugeben, daß wir durch Mängel unserer Nationalcharaktere und Sünden anderer allgemeiner Gebarens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen. Alldemische Treiben haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvolle Gegenstände geführt hat. Wie ich die Verantwortung, die unsere Gegner trifft, nur in ihren großen Momenten skizziert habe, so auch unseren Teil an der Schuld.“

Die Untersuchung der Schuld am Kriege.
Die Reichsregierung hat beschlossen, daß alle politischen Ämter, d. h. des Auswärtigen Amtes, des Militärkabinetts und des Oberkommandos in den Marken unter die Obhut des Rates der Volksbeauftragten gestellt werden.

Eisner gegen Solf.
Die Münchener Korrespondenz Hoffmann erklärt: Vom bayerischen Minister des Reichs Eisner wurde nachstehendes Telegramm an den deutschen Gesandten in Bayern zur Übermittlung an das Auswärtige Amt gesandt: Die neuerlichen Versuche, die alte Methode des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner. — Eisner verlangt auch die Befreiung des (sozialistischen) Unterstaatssekretärs im Ausw. Amt, Dr. David, sowie Erzbergers und Scheidemann.

Verlangen nach Auslieferung führender Persönlichkeiten.
„Comme libre“ in Paris veröffentlicht eine Liste derjenigen führenden Persönlichkeiten Deutschlands und Österreichs, deren Auslieferung von den Alliierten in der Friedenskonferenz verlangt würde. Es befinden sich darunter: Ludendorff, Tirpitz, Capelle, General Hoffmann, der Kaiser, der Kronprinz, General Falkenhayn, Höpffner und einige weitere zwanzig Namen, aber nicht Hindenburg und Kronprinz Rupprecht. Neutrale Staaten, wozu die Benannten sich bis dahin geflüchtet haben sollten, würden zu ihrer Auslieferung gezwungen werden.

Churchill über die Bestrafung der Kriegsschuldigen.
Im Laufe einer Rede in Dundee erklärte der englische Minister Churchill in Beantwortung einer Frage über die Friedensbedingungen: Wir sind völlig ungebunden hinsichtlich der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als Ganzes war an diesem Angriffskriege schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen. Jeder einzelne Deutsche, der bestimmter Verbrechen des Krieges schuldig ist, oder zur See überführt werden kann, oder nachweislich Gefangene grausam behandelt hat, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hochgestellt er auch sei. Die juristischen Berater der Krone sind beschäftigt, diese Frage zu prüfen, damit wir instande sind, unsere Anklage gegen die Schuldigen vorzubereiten.

Und wie steht es mit den Baralong-Wärtern usw.?

Die Schuldfrage in Oesterreich.
Die Untersuchungen, die gegen eine Anzahl von Diplomaten und Generälen wegen ihrer Schuld am Ausbruch des Weltkrieges bzw. ihrer Führung im Kriege eingeleitet werden soll, dürfte sich, wie verlautet, auch auf den früheren Kaiser Karl sowie auf die Erzherzöge Friedrich, Eugen, Peter Ferdinand und Joseph Ferdinand erstrecken. Die Generäle v. Arz, v. Höpffner, Potiorek, Danik, Brudermann, Waldstein, Wurm und Pfanzagl-Waltn sollen unter Aufsicht gestellt werden, ebenso mehrere Gesandte und hohe Beamte des

Kriegsministeriums, welche letztere sich an Kriegslieferung beteiligten. Es heißt, daß General Ruffenberger mit der Leitung der militärischen Untersuchung beauftragt werden soll.

Vom Kaiser.

Die Frage der Auslieferung.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ äußert sich zu der Frage der Auslieferung Wilhelms II. wie folgt: „Es ist hier und da die Meinung ausgesprochen worden, daß der Kaiser als Missetäter ausgeliefert werden soll. Wir lassen es dahingestellt, inwieweit Wilhelm II. persönlich für den Krieg verantwortlich ist und moralisch als missetäterische Persönlichkeit betrachtet werden muß. Darüber muß erst Klarheit geschaffen werden. Aber nehmen wir an, daß seine Schuld wahrscheinlich ist, so ist unserer Ansicht nach die Stelle, die seine Auslieferung fordern könnte, die deutsche Regierung und nicht die französische oder englische.“

Die Kaiserin in Holland.

Die Frage des weiteren Aufenthaltes der Kaiserin ist nunmehr endgültig entschieden worden. Die Kaiserin wird heute Donnerstag in Venenaa auf holländischem Boden eintreffen.

Judenverfolgungen in Lemberg.

Mehrere tausend Todesopfer.

In Wien aus Lemberg eingetroffene Reisende berichten über große Judenpogrome vom 22. bis 24. November. Am 22. November begannen ausgehende Plünderungen der jüdischen Geschäftsräume und Häuser. Die Plünderer, unter denen sich viele Frauen befanden, standen unter dem Befehl von Offiziere in der polnischen Legion. Am 23. brannte das ganze Judenviertel in Lemberg. Wer auf der Straße erschien, wurde niedergeschossen. Das Wasser wurde abgesperrt, um Lösungsversuche zu verhindern. Der Tempel wurde zerstört. Am Morgen des 24. wurden viele Leichen weggeschafft. Am 24. wurde das Standrecht verkündet.

Das Pressebureau in Wien teilt mit, ein in Wien eingetroffener Augenzeuge berichtet, daß die Judenpogrome, welche nach dem Einzug der Polen in Lemberg stattfanden, alle bisherigen Vorurteile an Zurechenbarkeit und Ausdehnung weit übertrafen. Unter dem Kommando jüdischer Offiziere zogen die Legionäre in Doppelreihen zu den jüdischen Straßen und begannen eine systematische Plünderung. Die verschlossenen jüdischen Geschäfte wurden mit Handgranaten und Bajonetten geöffnet und ausgeraubt. Häuser in Brand gesteckt. Die Bewohner, die sich zum Teil durch Hinabspringen aus den Fenstern zu retten versuchten, wurden mit Kugeln empfangen. Drei Tempeln und 80 Häuser sind eingeschert. Bisher wurden etwa 600 Tote gezählt. Etwa 10.000 Juden sind vollkommen obdachlos. 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung sind materiell zugrunde gerichtet. Der Pogrom dauerte von Freitag morgen bis Sonntag mittag, erst dann wurde das Standrecht proklamiert. — Nach neueren Nachrichten beträgt die Zahl der Toten 2000 bis 3000.

Kleine politische Meldungen.

Befreiung Wiens durch Italiener. Der „Corriere“ in Mailand meldet, daß italienische Truppen zur Befreiung Wiens abgegangen seien und droht mit der Befreiung Münchens. (Schilderung endgültig geräumt? Wie der Bogen „Prolet“ meldet, geben die Italiener in Südtirol bekannt, daß die Befreiung des Landes bis zum Reichenscheider, zum Brenner und Toblach als endgültig angesehen sei.)

Die Offensive Rumaniens gegen Ungarn. Die „Morning Post“ meldet aus Jassy: Der König hat den Oberbefehl über das in Siebenbürgen einmarschierende rumänische Heer übernommen. Das mobilisierte Heer ist 450.000 Mann stark. General Hoffmann interniert. Wie der Züricher Anzeiger vermeldet, ist der von den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk allgemein bekannte General Hoffmann in der Festung Kowno in Litauen vorläufig interniert worden. Prinz Leopold von Bayern, der nach Anfang November in Altona wollte, ist in einem Dorfe in der Nähe von Kowno interniert.

Rückkehr der Belgoländer. Die in Altona wohnenden Belgoländer, die seit Kriegsbeginn von der Insel Fortgeschafft worden waren, haben Anweisung erhalten, in der nächsten Woche mit ihren Angehörigen nach Belgoland zurückzukehren. Es handelt sich um 2000 Personen.

Internationalisierung Rußlands? Laut „Financial News“ herrscht in der Londoner City die Auffassung, daß die Ereignisse zu einer internationalen Souveränität über Rußland drängen, nach dem Beispiel der britischen Wehrmacht in Mesopotamien.

Völkervereinigung in der Schweiz. Die Zürcher „Morgenzeitung“ erklärt, daß es völkervereinigende sozialistischen Lösungen sei, einen Vorschlag gegen die staatliche Munitionsfabrik der Schweiz, die sich in Thurgau befindet, auszuüben und dort 30.000 Patrone zu entnehmen.

Amerikanischer Wahlsfeldzug. Im State Ohio wurde amtlich ein Wahlsfeldzug für die Wahl des Generals Verding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten für das Jahr 1920 eröffnet. Keine Kandidatur deutscher Kolonien. Der englische Minister Churchill sagte in einer in Dundee gehaltenen Rede, daß keine deutsche Kolonie Deutschland jemals zurückgegeben und ebenso kein erobertes Teil türkischen Gebietes der Türkei zurückgestattet werden solle.

Von Stadt und Land.

Aue, 29. November.

1. Weitere Stiftungen für die heimkehrenden Truppen. Für die in Aue erwarteten Landsturmbataillone haben weiter gestiftet: Herr Kommerzienrat Gantenberg 500 Mark, die Firma Erdmann Kirchs 300 Mark, Herr Daniel Hillmann 200 Eintrittskarten für sein Panorama.

Von der Stiftung des Apollo-Nichtspielhaus haben wir unseren Lesern Kenntnis gegeben, ohne daß wir dabei der Frage Gewicht beilegen, ob die Stiftung von der Firma, oder von dem Mitbesther Herrn Werthold für seine Person gemacht worden ist. Aus der Form unserer Notiz war das letztere zu schließen. Herr Werthold bittet uns, mitzuteilen, daß er die Stiftung für seine Firma gemacht habe und daß er von der Abfassung unserer Notiz keine Kenntnis hatte.

Lebensmittel am Freitag: Graupen, Zwieback, Rindergroßmehl.

Erhöhung der Brotration in Aue. Nunmehr ist die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg erschienen, durch die ab 1. Dezember eine Erhöhung der Brotration im Bezirke Schwarzenberg eintritt. Die Bekanntmachung ist in der heutigen Nummer unseres Blattes veröffentlicht.

Verammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Aue. Morgen Freitag, abend 6 Uhr wird im „Blauen Engel“ hier selbst eine Hauptversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei stattfinden, in der u. a. über den Beitritt zur Deutschen Demokratischen Partei (nicht d. Volkspartei) beschlossen werden soll. Das Referat hat Herr Oberlehrer Seif.

Die Jahrmärktebudenstadt ist über Nacht entstanden und in ihren Gassen drängen sich die Neugierigen um die Neuheiten zu bestaunen, die vor ihnen ausgebreitet sind. Im Allgemeinen hat sich das Bild gegen das Vorjahr wenig geändert — es ist im wesentlichen Kriegsware zu Kriegspreisen, die angeboten wird. Die Jahrmärkte in den Städten überleben sich immer mehr und in nicht allzu ferner Zeit werden sie nur noch auf entlegenen Dörfern zu finden sein.

Selbsthilfe bei Kleingeldmangel. Zur Behebung des Kleingeldmangels schreibt man uns: Fast ein jedes Geschäft hat ein Konto bei der Girokasse und kann auf dieses Platanweisungen ausstellen, für die die Girokasse Vorbrude bereit hält, über 5 oder 10 oder 20 Mark. Die Unterschrift des Geschäftsinhabers ist gut für seine Angestellten und Arbeiter. Sie ist auch gut für jeden anderen Geschäftsmann am Ort, der die Unterschrift kennt und deshalb gehen solche Platanweisungen in der Stadt und ihrer Umgebung von Hand zu Hand. Auch die öffentlichen Kassen nehmen sie und lassen sie sich bei der Girokasse gutschreiben. Es hat also jedermann die Möglichkeit, sich selbst zu helfen. Nehme deshalb Jeder ein Girokonto und benutze es richtig, dann gibt es keinen Geldmangel, weder für uns noch für das Reich.

Hauschlachtungen bis 31. Dezember 1918 gestattet. Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, anzuordnen, daß die Hauschlachtungen bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zulassen ist. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von den Zuchttschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtwiehlage heranzuziehen.

Gegen Geldhamsterei und Steuerflucht richtet sich eine Bekanntmachung, die das sächsische Finanzministerium erläßt. Es heißt darin u. a.: Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat sich über das Finanzprogramm der neuen Regierung wie folgt ausgelassen: Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihe, sowohl was die Schuldverschreibungen, wie auch, was die Reichsschatzamtweisungen betrifft, zuungunsten der Anteilhaber zu ändern. Was den Besitzern der Kriegsanleihe versprochen ist, werden wir unbedingt halten. Die Noten- und Gelbhämsterei hat sich zu einem Unfug ausgewachsen. Stocken die Zahlungen, so können heute mit Leichtigkeit Anruhen entstehen. Darüber hinausschwächen diese aus der Zahlungsnot sich ergebenden Zustände in unserem wirtschaftlichen Leben unseren Kredit im Auslande und wirken auf die Gestaltung unserer Valuta an den neutralen Märkten ungünstig ein. Außerdem sollte man bedenken, daß in den Randgebieten Deutschlands die Neigung, beim Deutschen Reich zu bleiben, durch kaum etwas anderes so stark geschwächt werden kann, wie durch Unsicherheit und Wirrwarr in unserem Geldverkehr und darüber hinaus in unserem Wirtschaftsleben. Ich werde gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen. Auch die sächsische Regierung steht auf dem vom Reichsschatzamt dargelegten Standpunkte und wird auch ihrerseits alle Mittel mit rücksichtsloser Schärfe in Anwendung bringen, um der gemeinschaftlichen Noten- und Gelbhämsterei entgegenzutreten und Steuerhinterziehungen in jeder Form zu unterbinden. Insbesondere wird auch die Verbringung von Vermögen außer Landes zwecks Steuerhinterziehung mit allen Mitteln bekämpft und mit strengen Strafen geahndet werden.

Entlassung von Offizieren. Bekanntmachung des Revolver- und Soldatenrates und des Ministeriums für Militärwesen: 1. Offiziere des Beurlaubtenstandes aller Rangklassen, die bis zum 8. Nov. 1918 bei den Dematormationen Dienst getan, diesen Dienst aber verlassen und bis zum 20. Nov. 1918 nicht wieder aufgenommen haben, werden hiermit aus dem sächs. Heere entlassen. 2. Des weiteren sind zu entlassen diejenigen Offiziere des Beurlaubtenstandes, die keine dienstliche Verwendung mehr finden können. 3. Etwaige Versorgungsansprüche haben die Entlassenen bei den für ihren Wohnort zuständigen Bezirkskommandos geltend zu machen.

Eine Massenversammlung aktiver Unteroffiziere des Korpsbezirks 19. Mehrere hundert Unteroffiziere des Korpsbezirks 19 versammelten sich dieser Tage in Leipzig und nahmen Stellung zu den politischen Umwälzungen. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen und an die Ministerien für Militärwesen Berlin und Dresden, sowie an den Rat der Volksbeauftragten Berlin abgesandt, in der es heißt: Die aktiven Unteroffiziere stehen entschieden auf dem Boden der politischen Neuordnung. Sie fordern aber: 1. Daß die neue Regierung die von der alten Regierung übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Unteroffizieren in vollem Umfang ausreicht erhält und daß sie die durch den Krieg aufs schwerste betroffenen Unteroffiziere wirtschaftlich sichergestellt. 2. Schadloshaltung